

Stand: 20.04.2026 06:38:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23716

"Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23716 vom 19.07.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23806 vom 21.07.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 21.07.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Prof. Dr Ingo Hahn, Ulrich Singer, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die derzeit diskutierten Flächenstilllegungen von 4 Prozent vonseiten der EU vorerst ausgesetzt werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass überzogene Umweltschutzanforderungen, wie sie z. B. in der vom Bundesrat beschlossenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten (AVV Gebietsausweisung – AVV GeA) zur Ausweisung der sogenannten Roten Gebiete zum Ausdruck kommen, ausgesetzt werden.

Begründung:

Die massiven Bauernproteste in den Niederlanden zeigen, dass überzogene Umweltanforderungen von den Landwirten nicht länger hingenommen werden. Zwar sind die landwirtschaftlichen Strukturen in Bayern gänzlich anders, dennoch muss intensiv darauf geachtet werden, dass weitere unnötige Härten in der derzeitigen Wirtschaftskrise vermieden werden. Der Einbruch der Betriebsgewinne in den letzten Jahren, insbesondere bei Schweine- und Geflügelhaltern, ist diesbezüglich ein ernsthafter Warnschuss. Die Priorität angesichts der Ukraine-Krise muss ganz klar auf die Erhaltung unserer regionalen Lebensmittelversorgung in Bayern gelegt werden.

Mehr denn je gilt es, die Stimme der Landwirtschaft ernst zu nehmen und ein Ausgreifen der niederländischen Bauernproteste auf Bayern zu verhindern. Ein Runder Tisch mit weiteren Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit bayerischer Betriebe kann hierfür ein erster Schritt sein. Auch wenn Bayern bislang mehr tut als andere Bundesländer, um die Landwirtschaft finanziell zu unterstützen, muss zukünftig stärker darauf geachtet werden, eine weitere Verschärfung von Umweltauflagen zu verhindern. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit dem Jahr 2010 bis 2020 um 13,6 Prozent (-13 300 Betriebe) verringert. Laut dem kürzlich vorgestellten Agrarbericht haben seither weitere 2 300 Betriebe aufgegeben.

Denn es liegt weder im öffentlichen Interesse Bayerns, Steuermittel zur Bewältigung realitätsferner Umweltauflagen bereitzustellen, noch im Interesse der Landwirtschaft, in einer akuten Krisenlage die Daumenschrauben weiter anzuziehen. Auch wenn unsere Situation eine andere ist als in unseren Nachbarländern, so könnten weitere Schritte in die falsche Richtung ein ähnliches Lagebild wie in den Niederlanden schaffen und das vielleicht schon früher, als man es für denkbar gehalten hätte. Damit die Landwirte Vorbereitungen zur Anbauplanung für die Ernte 2023 treffen können, müssen die Bauern jetzt Klarheit über die politischen Rahmenbedingungen haben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/23716

Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christian Kligen

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Benno Zierer

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen (Drs. 18/23716)

Zu diesem Dringlichkeitsantrag ist namentliche Abstimmung beantragt. – Als Erster spricht Herr Kollege Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Abgeordnete! Liebe Frau Staatsministerin Kaniber, Sie haben im Landwirtschaftsausschuss gesagt, dass die Bauernproteste in Holland mit der Situation in Bayern überhaupt nicht zu vergleichen sind. Die CSU behauptet sogar, die Lage in Bayern im Griff zu haben. Wir von der AfD und immer mehr Landwirte sehen das allerdings anders. Die Krisen und die Auflagenlast der letzten Jahre haben der Landwirtschaft in ganz Europa derart zugesetzt, dass immer mehr Landwirte ihre Arbeit niederlegen. So schaut es nämlich aus. Die Lage der bayerischen Landwirte ist besorgniserregend. Mit Wegschauen oder Schönreden wird es nicht besser. Vielleicht sollte Frau Landwirtschaftsministerin auch einmal einen Betrieb besuchen, der ohne CSU-Parteibuch geführt wird, wo der Bauer die Probleme ungeniert beim Namen nennt und ihr nicht nur ein Ferkel oder ein Huhn zu PR-Zwecken in die Arme drückt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU)

Was wir seit Wochen in Holland sehen, ist eine Vorschau darauf, was uns erwartet, wenn wir diesen Fehlkurs in der Landwirtschaft nicht ändern. Sie alle kennen die Probleme: die Schweinepest, nachlassende Nachfrage in bestimmten Segmenten, die Folgen der Corona-Pandemie, steigende Baukosten, erhöhte Diesel- und Gaspreise, kaum verfügbare Düngemittel. Doch anstatt einer spürbaren Kurskorrektur schafft die

Politik immer mehr Schikanen für den Landwirt, der zu einer Art Prügelknabe der Nation geworden ist. Nationale Strategiepläne werden genutzt, um Spielräume für unsere Landwirte negativ auszulegen, anstatt endlich den Druck aus dem Kessel zu nehmen.

In vorausseilendem EU-Gehorsam benennen wir rote und gelbe Gebiete, ohne unsere Messmethoden zu hinterfragen oder die Verursacher zu ermitteln. Wir fordern großflächige Flächenstilllegungen, ohne dass damit ein nennenswerter Umweltnutzen generiert wird. Zu guter Letzt sollen die finanziell ausgebluteten Schweinebauern noch mehr auf Tierwohl umstellen und sich neue Ställe zulegen. Das ist zwar gut gemeint, kommt aber leider viel zu spät. Wer investiert denn noch in einen Betrieb, der sich nicht mehr rentiert?

Frau Kaniber, Sie brüsten sich damit, die staatlichen Förderungen in der Landwirtschaft verdoppelt zu haben. Ein Betrieb, der aber nur durch Förderungen überlebensfähig ist, der hat wirtschaftlich keine Zukunft. Uns allen muss klar sein, wenn wir so weitermachen, führen wir unsere Landwirtschaft in die Armut. Außerdem erzeugen wir unnötig eine globale Hungerkrise, die sich schon jetzt bei den Preisen ankündigt. Die Lebensmittelversorgung gilt es genauso zu schützen wie unser Gas, auch wenn die Staatsregierung das derzeit nicht so ernst nimmt.

Es reicht auch nicht, meine Beiträge und Videos in den sozialen Medien anzuschauen, Frau Kaniber. Sie müssten selbst einmal in die Gänge kommen. Wenn Sie meine Vorschläge aber umsetzen, dann wäre ich schon zufrieden, und die Bauern auch.

(Tobias Reiß (CSU): Da muss er selber lachen!)

Wir fordern daher, dass die derzeit vonseiten der EU diskutierten Flächenstilllegungen von 4 % vorerst ausgesetzt werden und dass die überzogenen Umweltschutzanforderungen ausgesetzt werden, wie sie zum Beispiel in der vom Bundesrat beschlossenen AVV zur Ausweisung der sogenannten roten Gebiete zum Ausdruck kommen. Handeln Sie jetzt, bevor Sie in Urlaub gehen, und lassen Sie unsere Bauern nicht auf der Straße stehen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Herr Stadler, Sie haben gerade etwas von den holländischen Bauernprotesten erzählt und dass es dort recht massiv zugehen soll. Mich wundert dann bloß, warum das bei uns nicht in den Nachrichten kommt. Über den Protest der Gelbwesten in Frankreich ist doch auch recht fleißig berichtet worden. Ich schaue regelmäßig Nachrichten, aber ich habe nichts gehört.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Ich denke, zurzeit ist die Landwirtschaft das Sorgenkind von CSU und FREIEN WÄHLERN. Darüber spricht man nicht gerne.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

– Es ist so. Vielleicht macht sich das erst bemerkbar, wenn durch die Ukraine-Krise bedingt noch mehr Lebensmittelknappheit herrscht. Dann wird es nämlich brenzlich.

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Intervention kommt von Herrn Kollegen Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Stadler – –

(Unruhe)

Kann man da vielleicht für Ruhe sorgen?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, reden Sie ruhig.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Stadler, Bayern ist ein Bauernland. Das ist es schon immer gewesen. Wenn man unter die Leute geht, kann man im Freistaat aber spüren, dass viele Bauern mit der bayerischen Politik nicht zufrieden sind. Wie erklären Sie sich das? Können Sie das an ein paar Punkten konkret festmachen?

Ralf Stadler (AfD): Ich glaube, die Landwirtschaft wird zunehmend der Spielball der Politik. Die Landwirte werden einfach nicht mehr ernst genommen. Bestes Beispiel: Vor Kurzem habe ich einen Antrag eingebracht, damit ein Landwirt, der Lösungsvorschläge hat, diese im Landwirtschafts- oder Umweltausschuss vorbringen kann, damit der Schmied kommt und nicht der Schmiedl. Sogar das wird abgelehnt. Das ist der Knackpunkt bei uns. Hier herinnen wird die Landwirtschaft einfach nicht mehr ernst genommen. So sehe ich das.

(Unruhe bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war es, Herr Kollege?

Ralf Stadler (AfD): Das war es.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Martin Schöffel für die CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte zur Landwirtschaft hat wieder einmal eindrucksvoll gezeigt, dass es der AfD überhaupt nicht um Bäuerinnen und Bauern geht, sondern um eine Show-Veranstaltung hier im Bayerischen Landtag.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Herr Kollege Stadler, Sie fallen hier dadurch auf, dass Sie Luftballonbilder fälschen, dass Sie im Agrarausschuss die Tür zuknallen, wenn Kameras dabei sind. In der Sache haben Sie aber null Komma null beizutragen. Das haben Sie auch heute nicht getan.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Sie haben heute weder zur Stilllegung noch zur Selbstbegrünung noch zur Düngung gesprochen, sondern Sie haben darüber nur geplaudert, was den Bauern aber überhaupt nicht hilft. Sie haben gezeigt, in welcher desaströsen Lage sich die AfD befindet.

Sie sollten in Ihrer Fraktionssitzung einmal über Landwirtschaft sprechen, statt alle Vierteljahre einen neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn nicht die Hälfte der Fraktion ausgetreten wäre, müssten Sie hier nicht so ein Frage-Antwort-Spiel veranstalten, sondern Sie könnten sich in Ihrer Fraktionssitzung anstatt hier mit diesen Fragen inhaltlich auseinandersetzen. Sie führen den Bauern vor Augen, dass Sie überhaupt keine Lösungen haben.

(Franz Bergmüller (AfD): Die CSU hat schon lange keine Lösungen mehr!)

Ich spreche das Nitrat an. Sie tun hier so, als wäre hinsichtlich der Nitratbelastung überhaupt nichts zu tun. Ich will Ihnen nur sagen: Wenn wir Ihren Empfehlungen folgen würden, hätten wir eine neue Gegnerschaft bei Bürgern, der Wasserwirtschaft und der Trinkwasserversorgung. Wir führen die Dinge vernünftig zusammen. Wenn wir Ihnen folgen würden, hätten wir aufgrund der EU-Vorgaben ganz Deutschland als rotes Gebiet, zusätzliche Belastungen für die Bauern, Strafzahlungen und Belastungen für den Agrarhaushalt. Wir arbeiten an einer Lösung.

(Zuruf von der AfD)

Ich will ausdrücklich auch für die Landwirtschaftsministerin sagen: Wir kämpfen um vernünftige Düngeregeln in Deutschland und in Bayern, und wir kümmern uns auch darum, dass das Verursacherprinzip vernünftig umgesetzt wird.

(Zuruf von der AfD)

Deswegen die Protokollerklärung bei der letzten Bundesratsabstimmung, deswegen auch das Engagement Bayerns im Bundesrat, dass tatsächlich diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die gewässerschonend arbeiten,

(Ralf Stadler (AfD): Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen!)

ausgenommen werden können. Das muss das Ziel sein,

(Andreas Winhart (AfD): Es kommt ein Anruf aus Brüssel, und dann erzählen Sie das!)

und dafür bringt Ihr Geschrei hier überhaupt keine neue Lösung. Das will ich Ihnen einmal deutlich sagen! Auch wir wissen, dass man Gewässerschutz und Landbewirtschaftung nicht gegeneinander ausspielen darf, dass Qualitätsweizen Düngung braucht. Dafür stehen wir auch ein. Wir sind an der Seite der Landwirtschaft, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

Was das Thema Stilllegungen in Europa anbelangt, will ich Ihnen nur sagen: Wir haben hierzu heute nicht den ersten Antrag gestellt. Seit klar ist, welche GLÖZ-Standards in Europa vorgesehen werden, haben wir deutlich gemacht, dass eine pauschale Stilllegung von 4 % der Ackerfläche jetzt, in diesen Zeiten, völlig fehl am Platz ist. Dafür brauchen wir heute aber nicht einen Dringlichkeitsantrag von Ihnen. Wir haben hierzu schon mehrere Anträge beschlossen.

(Zuruf von der AfD)

Neulich hat das gesamte Kabinett mit dem EU-Agrarkommissar darüber gesprochen. Wir haben uns im Fachausschuss schon mehrfach darüber ausgetauscht. Das Problem bei dieser Angelegenheit ist, dass die GRÜNEN in dieser Frage ideologisch völlig verblendet sind und dass wir auch vom Bundeslandwirtschaftsminister in der Frage der Stilllegung mit Selbstbegründung keinerlei Unterstützung bekommen. Das wäre der zuständige Mann, der auf Brüsseler Ebene die Dinge durchsetzen müsste. 4 % der Ackerfläche ohne eine Bodenbearbeitung in diesen Zeiten stillzulegen, ist in Zeiten von Trockenheiten und hinsichtlich des Klimaschutzes und des Humusaufbaus ein völlig falscher Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt will ich hier noch etwas vortragen,

(Zuruf von der AfD)

weil mir Kollegin Sengl im Agrarausschuss gesagt hat, ich solle einmal ein Bodenseminar besuchen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Ich habe die Biobauern und die Arbeitsgruppen "IG gesunde Gülle" und "IG gesunder Boden" befragt: Was haltet ihr von der Regelung "Stoppelbrache mit Selbstbegrünung"? Ich kann Ihnen sagen, was ich von den Bauern schriftlich zurückbekommen habe – Zitat –: Selbstbegrünung als Stoppelbrache ist ein Konjunkturprogramm für Totalherbizide; kein Nutzen für den Humusaufbau; im Biobereich Humusabbau und Ertragsreduktion, da massiver Einsatz von Überfahrten im Folgejahr;

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Pseudostillbrache, die das Bodenleben verhungern lässt. Es macht nur Sinn, eine vollwertige humusaufbauende Frucht nach der Ernte zu etablieren, bei der die gesamte Ernte ausschließlich dem Boden zur Verfügung gestellt wird. Dann müssen entsprechende Maßnahmen folgen. – Ich kann Ihnen nur sagen, liebe Kollegin Sengl: Das, was Sie vortragen und was der Bundesagrарminister vorträgt, hält der landwirtschaftlichen Praxis nicht stand; das ist entweder Ideologie oder Erfindung oder beides, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen müssen wir und auch Sie, Frau Landwirtschaftsministerin, uns hier von keiner Seite vorwerfen lassen, dass wir nicht an vernünftigen Regelungen für die Bauern täglich arbeiten und dafür kämpfen. Wir besuchen täglich landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlichster Ausprägung und bringen deren Wissen auch ins Parlament ein.

Derzeit bereitet die Gemeinsame Agrarpolitik in Brüssel extreme Schwierigkeiten. Es braucht eine Bundesregierung und einen Bundeslandwirtschaftsminister, die bereit

sind, sich mit den Herausforderungen und mit so komplizierten Fragen auseinanderzusetzen, die wir heute eigentlich ansprechen wollten, nämlich Düngung, europäische Agrarpolitik sowie keine Stilllegung, sondern Ernährungssicherung in Europa. Wir brauchen einen Bundesagrarminister, der sich mit diesen Dingen auseinandersetzt. Wir appellieren an ihn.

Wir suchen in Bayern Wege, um für unsere Bauern eine möglichst optimale Gestaltung zu erreichen. Wir werden auch eine Lösung finden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einen solchen Dringlichkeitsantrag und ein solches Schauspiel wie das von der AfD brauchen wir dazu nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Stadler hat noch eine Frage.

Ralf Stadler (AfD): Herr Schöffel, in den Landwirtschaftsausschusssitzungen spielten Sie sich bei den zahlreichen Petitionen der Bauern mordsmäßig auf. Die Bauern reichen ihre Petitionen mit der Hoffnung ein, dass ihnen geholfen wird. Was ist aber? – Sie kommen immer mit der Ausrede: Das sind EU-Vorgaben; die müssen wir einhalten. Ihrem Ministerpräsidenten, der sich seit Jahren über die Feinstaubbelastungsgrenzwerte in München hinwegsetzt, sind Vorgaben aber völlig egal. Sie machen den Leuten nur falsche Hoffnung. So sieht es bei Ihnen nämlich aus.

(Alexander König (CSU): Dummes Geschwätz!)

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Stadler, wir haben uns mit diesen dreißig oder vierzig Petitionen intensiv auseinandergesetzt. Wir haben uns jede Messstelle genau angesehen und haben für einzelne Punkte schon konkrete Lösungen gefunden. Wir erwarten jetzt auch vom Bund, dass das Verursacherprinzip umgesetzt wird und dass wirklich nur dort, wo Belastungen vorhanden sind, entsprechende Einschränkungen

vorgenommen werden müssen. Sie haben sich zu diesen Sachen überhaupt nicht geäußert.

(Ralf Stadler (AfD): Genau! Verursacherprinzip! Das haben wir doch gesagt!)

Sie haben sich bei keiner Petition zur Sache geäußert, sondern ein Schauspiel abgezogen und am Ende die Türen zugeknallt, sonst nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Gisela Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von der CSU: Auweh! – Zuruf von den GRÜNEN: Jetzt zittert die CSU!)

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Lage ist ernst, und wir nehmen die Lage auch ernst. Die Lage ist ernst für die landwirtschaftlichen Betriebe, für unsere Versorgung und für die Natur. Anhand dieser Aufzählung merkt man eigentlich schon: Uns geht es um das Miteinander, und uns geht es auch darum, gemeinsam Lösungen zu finden –

(Beifall bei den GRÜNEN)

im Gegensatz zur AfD, deren einzige politische Strategie Aufhetzen und Spaltung zu sein scheint.

(Ferdinand Mang (AfD): Das machen schon Sie!)

Ihr nutzt einfach jede Gelegenheit, auf ein Thema aufzuspringen, wenn ihr meint, dass das noch irgendwem gefällt. Dies gefällt eigentlich außer euch keinem mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb beginne ich mit einem Faktencheck.

(Zuruf von der AfD: Der GRÜNEN?)

Faktencheck sagt euch vielleicht etwas. Ein Faktencheck wäre nur für die AfD wichtig; aber nach dem, was ich jetzt alles gehört habe, ist er zum Teil auch für die CSU wichtig.

Faktencheck zur Nitratbelastung: Die Niederlande sind berühmt als "das kleine Land, das die ganze Welt ernährt." Das dicht besiedelte Land mit 17,5 Millionen Einwohnern hat einen riesigen Tierbestand: 4 Millionen Rinder, 12 Millionen Schweine und 100 Millionen Hühner. Da kann man sich vorstellen, was da alles anfällt. Dieser Handel hat einen hohen Preis für die Umwelt. Deswegen hat das oberste niederländische Verwaltungsgericht festgestellt, dass die Regierung gegen das EU-Recht verstößt, und sie dazu verpflichtet, die Stickstoffüberschüsse in den gefährdeten Naturgebieten zu reduzieren.

Seit 1991 gibt es die Nitrat-Richtlinie der EU mit dem Ziel, den Stickstoff, also das Nitrat im Grundwasser zu reduzieren. Sauberes Wasser ist unsere Lebensgrundlage, ist wichtig für uns Menschen und für die Umwelt. Stickstoff brauchen die Pflanzen zum Wachsen. Im Grundwasser hat Stickstoff nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn dennoch Stickstoff im Grundwasser ist, ist dies ein sicheres Zeichen dafür, dass irgendetwas falsch läuft: Entweder ist der Tierbesatz zu hoch, oder die Menge ist nicht an die Kulturart, an die Geologie und an die Bodenbeschaffenheit angepasst. Soweit zum Stickstoff.

Faktencheck zur Flächenstilllegung: Flächenstilllegung – das finde ich hochinteressant – heißt fachlich korrekt "nichtproduktive Flächen". Ab 2023 sind diese verpflichtend, wenn man Direktzahlungen erhalten will. Es stimmt: 4 % der Ackerflächen sollen "nichtproduktive Flächen" sein. Diese "nichtproduktiven Flächen" sind ökologische

Rückzugsflächen und sollen einfach dabei helfen, natürliche Standortvielfalt zu erhalten. Sie dienen also dem Artenschutz, und diese Maßnahmen sind angesichts des dramatischen Artenschwunds wirklich unverzichtbar. Wir haben eine hohe Verlustzahl an heimischen Tier- und Pflanzenarten. Diese Zahlen kennen wir alle.

Jetzt komme ich zum Faktencheck Lebensmittelversorgung: Es besteht weltweit ja überhaupt kein Produktionsproblem, sondern ein Verteilungs- und Logistikproblem. Wir erleben ja weltweit einen rasant fortschreitenden Klimawandel: Dürre, Waldbrände, Wassermangel, Überflutungen – in immer schnellerer Abfolge. Dieses Tempo wird durch das umweltschädliche Verhalten der Menschen auch noch verschärft.

Maßnahmen für die Umwelt und gegen den Klimawandel können also nicht mehr aufgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, Sie bekommen eine Redezeitverlängerung.

Gisela Sengl (GRÜNE): Deshalb sollten wir Umwelt und Landwirtschaft zusammendenken und nicht gegeneinander aufhetzen. Es ist unsere gemeinsame Welt, für die wir gemeinsame Lösungen suchen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, Sie bekommen noch eine Redezeitverlängerung. Der Herr Stadler hat noch eine Frage.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ach so.

Ralf Stadler (AfD): Frau Sengl, Sie kommen mir nicht aus. Sie sind doch richtige Blender, die GRÜNEN. Schauen Sie: Sie möchten am liebsten, dass sich alle vegan ernähren. Was war denn am Dienstag in Schloss Schleißheim? – 80 % von der GRÜNEN-Fraktion waren vor dem Oberbayernzelt und sind praktisch für die geschmorte Schulter vom Werdenfelser Kalb angestanden. Ist das eure Politik, oder?

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Sie reden einen rechten Kas! – Heiterkeit der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Frau Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Mei, dazu braucht man nichts zu sagen. Mir hat es eigentlich sehr gut geschmeckt.

Präsidentin Ilse Aigner: Das freut uns, wenn es gut geschmeckt hat. Hoffentlich heute Abend auch!

(Beifall bei dem GRÜNEN)

Als Nächster kommt der Kollege Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD versucht wieder, mit billigen, populistischen und verkürzten Darstellungen

(Widerspruch bei der AfD)

eine verzerrte Realität zu zeigen, die so nicht existiert. Was haben die Bauernproteste in den Niederlanden mit den Flächenstilllegungen von 4 % zu tun? – Nichts!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Gar nichts!)

Es geht den Bauern in den Niederlanden um das Überleben. Das hat aber mit der Flächenstilllegung nichts zu tun. Ihr Problem sind die ganzen Umstellungen mit den Anforderungen, die sie in den nächsten Jahren erfüllen müssen, durch viele Faktoren. Frau Sengl hat erzählt, wo man ansetzen muss. Die Holländer müssen halt den Hebel etwas mehr ansetzen, weil dort mehr gesündigt worden ist.

Ihr Antrag ist unnötig, populistisch und überholt. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Andreas Winhart hat noch eine Zwischenbemerkung.

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege, jetzt muss ich schon noch mal nachfragen: Wir haben uns in unserem Dringlichkeitsantrag darauf konzentriert, diese Bauernproteste in Holland ernst zu nehmen. Sie nehmen das offenbar nicht ernst, weil Sie auch die Lage der Landwirtschaft in Bayern nicht ernst nehmen. Ich weiß nicht, ob Sie es nicht mitbekommen haben: Es gibt die ersten Proteste an Autobahnbrücken, es gibt die Ersten aus der Landwirtschaft, die sich zusammentun und wieder auf die Straße gehen wollen, weil ihnen eben Ihre Politik nicht passt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das könnte Ihnen so passen!)

Es sind ähnliche Probleme wie in Holland. Es sind auch noch weitergehende Probleme als in Holland. Deswegen hat das einen ganz klaren Zusammenhang, auch wenn Sie den nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich habe jetzt aus Ihren Ausführungen keine Frage raushören können. Darum wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerpause!

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag wollen Sie von der AfD Klima- und Umweltschutzmaßnahmen aushebeln und verkennen dabei völlig, dass auch unsere bayerischen Landwirtinnen und Landwirte Hauptbetroffene des von Ihnen geleugneten Klimawandels sind. Zudem stellen Sie in Ihrem unserer Meinung nach überflüssigen Antrag fest,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

dass die landwirtschaftlichen Strukturen in Bayern gänzlich anders sind. Wie wahr! Das haben wir erst vergangene Woche ausführlich im Agrarausschuss diskutiert,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

als der Agrarbericht vorgestellt wurde. Dem Agrarbericht können Sie auch entnehmen, dass wir insbesondere bei Fleisch, bei Milch und Milchprodukten, Zucker, Getreide und Kartoffeln einen sehr hohen Selbstversorgungsgrad, nahe 100 %, haben. Hier produzieren wir über unseren Bedarf, während wir im Bereich Eier, Obst und Gemüse nicht einmal Quoten von 50 % Selbstversorgungsgrad erreichen.

Genau hier müssen wir aber größere Anstrengungen unternehmen; denn die Ernährungstrends der Zukunft werden nicht mehr fleischlastig sein. Das ist zum einen am sinkenden Fleischkonsum ablesbar, aber auch am Produktionswert: Der Anteil der tierischen Erzeugung nimmt gegenüber dem letzten Agrarbericht von 2020 mit einem Anteil von 50 % auf einen Anteil von 45 % ab.

Aus den Diskussionen rund um das Volksbegehren Artenschutz haben wir gelernt, dass es besser ist, miteinander zu reden als übereinander. Das gilt auch für uns als SPD im Umgang mit den Landwirtinnen und Landwirten. Angesichts der Herausforderungen mit Trockenperioden, Hitzewellen und Starkregenereignissen müssen wir auch auf die Frage, wie sich unter diesen Bedingungen eine rentable und gleichzeitig ökologisch nachhaltige Landwirtschaft betreiben lässt, Antworten finden.

Der nachhaltige Schutz der Umwelt ist eine Jahrhundertaufgabe, die Partei- und Landesgrenzen überschreitet. Wir wollen unsere bayerischen Landwirte dabei begleiten und so fördern und unterstützen, dass sie nach umwelt- und klimapolitischen Kriterien produzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Denn das schützt nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, sondern die Lebensgrundlage von uns allen. Dafür setzen wir uns ein, und Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der letzte Redner in dieser Debatte ist der Kollege Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bringt den bayerischen Landwirtinnen und Landwirten überhaupt gar nichts, wenn wir so tun, als ob ein Dringlichkeitsantrag der AfD ihnen irgendwie helfen würde. Das bringt weder den Landwirten noch uns in der Diskussion etwas. Ich weiß ja nicht, wo Sie in den ganzen Agrarausschusssitzungen immer sind: vor der Tür, drinnen oder unterwegs? Aber wir diskutieren diese ganzen Themen doch wochenlang.

(Beifall bei der FDP)

Ich brauche mir nur den Kollegen Schöffel anzuschauen, der sich bei den Petitionen im Bereich der Düngeverordnung wirklich hineingekniet und gemeinsam mit den Berichterstattern der demokratischen Parteien darauf geachtet hat, dass man da noch etwas für die Landwirte rausholen kann.

Deswegen ist dieser Antrag fadenscheinig.

(Widerspruch bei der AfD)

– Ja, das ist Augenwischerei, was Sie treiben. Was Sie machen: Sie spielen die Betriebe gegeneinander aus, intern, und auch noch gegen die Politik. Da machen wir nicht mit. Wir haben im Ausschuss ein sehr konstruktives Miteinander. Natürlich gibt es unterschiedliche Positionen. Aber im Grunde kümmern wir uns alle um die Landwirtinnen und Landwirte. Das lassen wir uns auch nicht durch so einen unsinnigen Antrag nehmen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Es gibt viel zu tun: Wir können uns über Immissionsschutz unterhalten, wir können uns aber auch über die Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung und über Tierwohl

unterhalten. Frau Ministerin hat mir da auch Aufgaben mitgegeben. Wir können über viele Dinge diskutieren, aber nicht über so etwas, weil wir das wirklich ernst nehmen, was die Landwirtinnen und Landwirte betrifft, und nicht nur irgendwelche Anträge kurz vor der Sommerpause hier hinklatschen.

Ich bedanke mich für die zehn Sekunden mehr, die ich hatte, und wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Für den Dringlichkeitsantrag der AfD auf der Drucksache 18/23716 ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15:18 bis 15:20 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen abstimmen können? – Das schaut gut aus. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird dann schriftlich mitgeteilt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/23717 mit 18/23720 sowie 18/23762 und 18/23763 werden in die federführenden Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.07.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion AfD; Bauernproteste in Holland ernst nehmen: Jetzt gegensteuern und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen (Drucksache 18/23716)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adje Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin			
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander			
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	14	138	2